AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

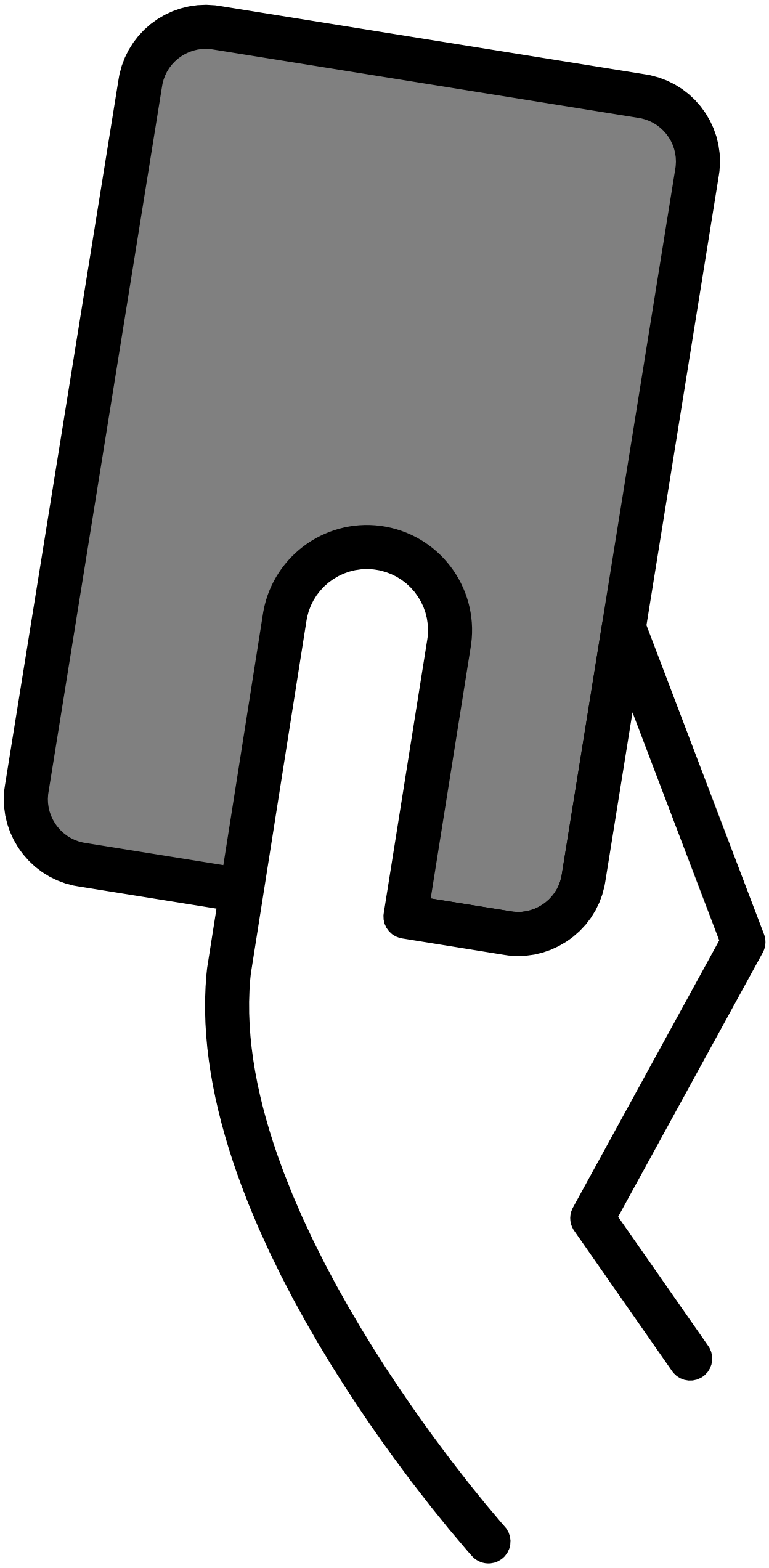
Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig November 2018 Nr. **176**

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Rote Karte für den Bundesrat!



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Aufruf für die Korrektur-Initiative war ein riesiger Erfolg und hat dazu geführt, dass der Nationalrat den Bundesrat beim Thema Waffenexporte entmachten will. Alle wichtigen Informationen rund um das Thema Kriegsmaterialexporte und wie es jetzt weitergeht erfahrt ihr auf den Seiten 4 und 5. Doch auch die anderen sicherheitspolitischen Geschäfte ruhen nicht: Auf Seite 3 dreht sich alles um die Dauerbrenner Zivildienst und Kampfjets und um die fadenscheinige Begründung des Bundesrats, warum er die Kriegsgeschäfte-Initiative ablehnt. Übrigens: Der Bundesrat lehnt nicht nur die Initiative ab, sondern auch die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags der UNO. Bei all diesen skandalösen Entscheidungen der Landesregierung ist es schon fast erstaunlich, dass sie immerhin der Ruag empfiehlt in Brasilien keine Munitionsfabrik zu bauen. Auf Seite 6 gibt es weitere Hintergrundinformationen zu den beiden Themen und auch darüber, warum eine kleine Gruppe von Waffennarren die Beziehungen zur EU aufs Spiel setzen will. Auf Seite 7 blicken wir dann Richtung Osten, nach Syrien. Was hat sich in dem Land getan, in dem seit Jahren ein Bürgerkrieg tobt?
Last but not least, die GSoA-News: Alle Infos über unsere Aktionen und Aktivitäten gibt es auf Seite 2, eine erste Auswertung der Zeitungsumfrage auf Seite 7. Und auch in dieser Ausgabe dürfen wir zwei neue Seki-Mitglieder willkommen heissen – in Genf und in Zürich.

Wir wünschen euch einen schönen Winter!
Judith und das gesamte Redaktionsteam

ARENA

Hinter den Kulissen

Anfang September durfte ich die GSoA in einer SRF-Arena vertreten. Das Thema war der skandalöse Entscheid des Bundesrates, Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zuzulassen. *Von Lewin Lempert*

Die Nervosität vor einem Arena-Auftritt ist nicht wegzudenken. Was, wenn man etwas Falsches sagt? Wenn man auf eine Frage des Moderators keine gute Antwort bereit hat? Doch beginnen wir von vorne. Der immense Druck aus der Bevölkerung gegen den Entscheid des Bundesrates, hat dazu geführt, dass die SendungsmacherInnen der SRF-Arena am 7. September zum Thema «Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer?» eingeladen haben. Als Vorbereitung habe ich alle meine Argumente auf einer A4-Seite festgehalten, mit anderen GSoA-SekretärInnen potentielle Fragen geübt und natürlich angemessene Kleidung organisiert.
Kaum im Fernsehstudio angekommen, war ich schnell fertig geschminkt und musste auf den Beginn der Sendung warten. Bereits im Aufenthaltsraum anwesend: Urs Loher, CEO von Rheinmetall Air Defence, einer Rüstungsfirma aus Zürich. Wenig später gesellten sich Claudio Zanetti (SVP) und Josef Dittli (FDP) zu uns. Gemeinsam tranken wir je ein Glas Wasser und redeten wenn möglich nicht über Waffenexporte. Erst kurz vor Sendungsbeginn tauchten noch Rosmarie Quadranti (BDP) und Tiana Angelina Moser (glp) auf – welche dann auch während der Sendung eine sehr willkommene Unterstützung darstellten.
Die Kamera lief gerade einmal ein paar Sekunden und schon war ich nicht mehr nervös, sondern vielmehr genervt über den ersten Satz der Befürworter. Man schaue sich jedes einzelne Gesuch genau an, hiess es mantramässig aus der rechten Ecke. Ich wehrte mich gegen diese bürokratische Darstellung der Schweizer Waffenexporte, erwähnte diverse Skandale der letzten Jahre und rief dazu auf, dem Bundesrat bei seinem Vorhaben die rote Karte zu zeigen. Nach der Sendung kamen drei mutmassliche SVP-WählerInnen aus dem Publikum auf mich zu: «Herr Lempert, die GSoA finden wir gar nicht gut, aber bei dieser Sache, da haben Sie recht!» Da wusste ich, dass ich mit dem Auftritt zufrieden sein konnte.

WAFFENEXPORTE

Berner AktivistInnen empfangen ParlamentarierInnen auf dem Bundesplatz

(nf) Gleich sieben Interpellationen wurden zu Beginn der Nationalratssession zum Thema der Lockerung der Kriegsmaterialverordnung eingereicht. Unter diesen Umständen ist eine dringende parlamentarische Debatte unumgänglich. Diese fand am 26. September statt, bevor über eine Motion der BDP zum selben Thema abgestimmt wurde. Einige AktivistInnen der Regionalgruppe Bern nahmen dies zum Anlass, um mit einem Transpi die Parlamentsmitglieder zu empfangen und ihnen unsere Empörung zu zeigen. Die GSoA war nicht alleine: Viele weitere Aktivistinnen und Aktivisten waren ebenfalls anwesend – an dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die mobilisiert haben! Auf der Seite 4 findet ihr weitere Reaktionen auf diese Debatte und alle Neuigkeiten der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer.

Gegen Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer: AktivistInnen in Bern. *(Foto: GSoA)*

GENF

Die Armee schert sich einen Dreck um die Opfer von 1932

Die Militärgesellschaft des Kantons Genf wollte am Gedenktag zu Ehren der 13 Menschen, die am 9. November 1932 von der Armee getötet wurden, eine Informationsveranstaltung für GrossrätInnen abhalten. Die GSoA hat sich quergestellt! *Von Julien Repond*

Der 9. November ist nicht ein Tag wie jeder andere in Genf. Im Jahr 1932 wurden bei einer Intervention der Armee an einer antifaschistischen Veranstaltung 13 Menschen getötet und 60 verletzt. Die AktivistInnen hatten sich im Gemeindesaal von Plainpalais gegen eine faschistische Veranstaltung versammelt. Seit diesem tragischen Ereignis wird jedes Jahr am 9. November der Opfer gedacht. Deren Rehabilitierung wurde letzten Juni vom Staatsrat abgelehnt.

Eine inakzeptable Provokation

Es ist somit schwierig nachzuvollziehen, wie die Militärgesellschaft des Kantons Genf zum Entschluss gekommen ist, eine Veranstaltung «für die gesamte Genfer Classe Politique» am 9. November zu organisieren. Auf dem Programm dieser «Begegnung zwischen Politik und Militär 2018» stand eine Erläuterung zu «Zielen, Herausforderungen und Projekten der Armee auf der regionalen Ebene». Diese Provokation von Seiten der Militärgesellschaft – die entweder eine Verachtung gegenüber den Opfern der Armee oder den Willen, von diesem Ereignis abzulenken, an den Tag legt – konnten wir nicht einfach so hinnehmen.

Eine unvermeidliche Reaktion

Die GSoA Regionalgruppe Genf hat zur Erinnerung an dieses historische Ereignis eine Aktion mitorganisiert, bei welcher die Teilnehmenden über 13 Leichen gehen mussten, um in den Konferenzsaal zu gelangen. Gleichzeitig wurden Aufnahmen abgespielt, welche die Ereignisse des 9. Novembers erzählten und Archivbilder zeigten. Im Saal häuften sich die Fragen der linken VertreterInnen, die somit den geregelten Ablauf der Präsentation der Militärgesellschaft verhindern konnten.
Dank dem Engagement der AktivistInnen, die sich am 9. November versammelten, konnte verhindert werden, dass das Gedenken der Toten von 1932 beschmutzt wurde. Hoffen wir mal, dass die Armee die Botschaft verstanden hat.

Aktion der GSoA Regionalgruppe Genf am 9. November in Genf. *(Foto: GSoA)*

Besuch bei der DFG-VK in Kassel

(an) Vom 6. bis am 7. Oktober war die GSoA bei der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) zu Gast. Eine Zweier-Delegation folgte der Einladung zum Bundesausschusstreffen nach Kassel. Dort hatten wir die Möglichkeit ausführlich über die Geschichte, die Organisation sowie die Tätigkeiten der GSoA zu berichten. Vor allem an der Kriegsgeschäfte-Initiative waren die aus den verschiedenen Bundesländern Deutschlands angereisten VerbandsvertreterInnen und BundessprecherInnen interessiert. Aber natürlich nicht nur; zu den verschiedensten Themen und Bereichen gab es zahlreiche Fragen zu beantworten. Denn obwohl die DFG-VK und die GSoA grundsätzlich für die gleichen Anliegen kämpfen, gibt es in der Organisationsstruktur und bei der politischen Ausgangslage grosse Unterschiede. Der Besuch bei unseren NachbarInnen hat sich auf jeden Fall gelohnt, kann er doch als Anstoss betrachtet werden, auch die internationale Vernetzung wieder vermehrt zu pflegen.

ZIVILDIENST

Gewissensprüfung soll die Armee stärken

Eine parlamentarische Initiative will die Gewissensprüfung für den Wechsel in den Zivildienst auf Verfassungsebene verankern. *Von Magdalena Küng*

Der SVP Nationalrat Hans-Ueli Vogt reichte Ende September eine parlamentarische Initiative ein, deren Ziel ganz offensichtlich ist, den Militärdienst zu glorifizieren. Er tut dies, indem er Bund, Wirtschaft und Gesellschaft ganz unter das Primat der Armee stellt und das «freie Wahlrecht zugunsten des zivilen Ersatzdienstes» kritisiert, das gar nicht existiert. Dafür möchte er die Gewissensprüfung wiedereinführen, die 2009 durch den «Tatbeweis» (die Bereitschaft, eineinhalbmal so lange Zivildienst statt Militärdienst zu leisten) ersetzt worden war. Er begründet dies mit einer geänderten Sicherheitslage in Europa (namentlich Terrorismus, Cyberattacken und soziale Konflikte) und vermehrten subsidiären Einsätzen, für die der Armee die Soldaten fehlten. Doch weder der sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates von 2016 noch andere Untersuchungen bestätigen, dass der Sollbestand der Armee gefährdet wäre. Mehr noch: Gerade auf die von Vogt erwähnten Gefahren sind klassisch militärische Antworten nutzlos.

Weil es einfacher ist, einen Feind zu konstruieren, als das überalterte Konzept der Armee der Aktualität anzupassen, sieht die SVP im Zivildienst das Übel aller Dinge. Neu soll nur wechseln dürfen, wer beweisen kann, dass er wegen eines unüberwindbaren Konfliktes mit seinem Gewissen den Militärdienst nicht leisten kann. Es stellt sich dabei nicht nur (erneut) die Frage der Überprüfbarkeit eines Gewissenskonfliktes. Es bleibt auch heute schleierhaft, weshalb man junge Männer zu einem Dienst zwingen soll, dessen Sinn sie nicht erkennen. Der Zivildienst ist für viele auch noch Jahre nach der Rekrutenschule ein wichtiger Ausweg, wenn sie das Erlernen und Üben des Kriegshandwerks nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Die Wiedereinführung der Gewissensprüfung wird der Armee nicht zu mehr relevanten Inhalten verhelfen. Es wäre Zeit, dass das auch endlich die SVP sieht.

Für die SVP das Übel aller Dinge: Der Zivildienst. *(Foto: Lukas Lehmann)*

KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

Der Bundesrat gegen die Menschenrechte

Es überrascht nicht, dass sich der Bundesrat gegen die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (KGI) ausgesprochen hat. Eine verpasste Chance ist es dennoch. *Von Muriel Waeger*

Seit Ignazio Cassis Mitglied des Bundesrates ist, zeichnet sich eine immer deutlicher werdende Tendenz zu mehr Freiheit für die Wirtschaft auf Kosten der Menschenrechte ab. So wurde die KGI verworfen, und zwar ohne Gegenvorschlag. Fälschlicherweise wird argumentiert, sie würde die Freiheit der Schweizerischen Nationalbank zu sehr einschränken und sie wäre risikoreich für die Pensionskassen (PKs).

Naiverweise unterstreicht der Bundesrat lieber die Wirksamkeit des Kontrollsystems der Schweizer Kriegsmaterialexporte anstatt zu verhindern, dass Schweizer Geld in Atom- und Chemiewaffen sowie konventionelle Waffen investiert wird. Abgesehen davon, dass die letzten Monate und Jahre Fehlfunktionen bei eben diesen Kontrollen gezeigt haben, haben die Kriegsmaterialexporte nichts mit der Initiative zu tun. Bei dieser geht es nämlich um die Finanzierung, und nicht um Exporte.

Es liegt absolut im Bereich des Erwartbaren, dass der Bundesrat zumindest eine Diskussion zu diesem Thema eröffnet und das Problem aufgreift. Hier vergibt er eine wichtige Chance. Ohne Gegenvorschlag des Bundesrats kommt die KGI wohl direkt zur Abstimmung, und somit erhält die Stimmbevölkerung die Möglichkeit, ein klares Ja für ethisch unproblematische Investitionen in die Urne zu legen. Dass dieser Schritt ohne Risiko machbar ist, beweisen bereits zahlreiche PKs, die aus ethischen Überlegungen aber auch aus Gründen der Transparenz bereits Investitionen in verbotenes Kriegsmaterial aus ihrem Portfolio gestrichen haben. Unter anderem sind dies die Pensionskassen der Städte Zürich und Luzern, des Kantons Genf, sowie die Pensionskasse des Bundes, die Publica. Sie haben somit gezeigt, dass ihr Überleben nicht auf Kosten menschlicher Leben geschehen muss.

Die GSoA ist davon überzeugt, dass das Schweizer Stimmvolk im Gegensatz zum Bundesrat dazu bereit ist, über dieses Thema zu debattieren und dass ein klares «Ja» die Schweizerische Nationalbankdazu bewegen wird, dem Beispiel der Publica zu folgen!

NEUES VON AIR2030

Ein fast einstimmiges Plädoyer für einen Richtungswechsel

Der Bundesrat erreicht in Rüstungsfragen derzeit keine Mehrheiten. Wenn es mit dem Projekt Air2030 so weitergeht wie bisher – die Hersteller werden Anfang 2019 dem Bund ihre Offerten unterbreiten – zeigen die Stellungnahmen der grossen Parteien zum «Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums», dass sie nicht gerade begeistert sind von Guy Parmelins Methode. *Von Nicolas Félix*

Die GSoA hat bereits angekündet, das Referendum gegen den Kauf von neuen Kampfjets zu ergreifen. Angesichts dessen und um in einer erneuten Abstimmung die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben, will die CVP das Air2030-Paket aufteilen. Somit würde dem Volk einzig die Beschaffung von Kampfflugzeugen zur Abstimmung vorgelegt. Wenn es nach der FDP geht, würde die Beschaffung gar via ordentliche Rüstungsprogramme ohne eine Referendumsmöglichkeit vorangetrieben. Der Seitenwechsel einiger bürgerlichen VertreterInnen (siehe dazu unsere letzte Ausgabe) zeigt ganz klar, dass dieser Teil der Rechten eine Volksabstimmung zu diesem Thema eigentlich gar nicht will.

Wenig Unterstützung für die Strategie von Guy Parmelin

Die SVP unterstützt als einzige Partei den Planungsbeschluss und stützt so ihren Bundesrat. Um das Kaufprojekt zu finanzieren, will sie jedoch das Budget der Armee drastisch erhöhen, nämlich um 900 Millionen Franken pro Jahr während zehn Jahren. Somit würden die SteuerzahlerInnen noch lange zur Kasse gebeten werden.

Grundsatzkritik

Es erstaunt niemanden, dass die Linke den Beschluss ablehnt. Die Grünen kritisieren insbesondere den Mangel an Transparenz im Kaufprozess, denn weder der Kampfjettyp und die Anzahl der Flugzeuge, noch die finanzielle Aufteilung zwischen Luftwaffe und Boden-Luft-Abwehr werden detailliert aufgeführt. Die SP hingegen unterstreicht, wie unpassend dieses Projekt in Bezug auf die Bedürfnisse der Schweiz sei. Zum einen brauche es für die Mehrheit der Einsätze im Schweizer Luftraum nicht solche hochtechnologisierten Flugzeuge. Des weiteren seien die Anwendungsmöglichkeiten dieser Kampfjets auf eine kleine Anzahl akuter Bedrohungen beschränkt. Für ein Schutzinstrument voller Mängel, das eher dazu da sei, um symbolisch das Sicherheitsgefühl zu stärken, als um reale Gefahren abzuwehren, würde man somit irrsinnig viel Geld ausgeben.

Zurückbuchstabieren

Auch die GSoA kritisiert die Aussicht auf eine Abstimmung über einen nicht-transparenten Blankoscheck in der Höhe von acht Milliarden. Zudem ist auch laut VBS ein Krieg im Schweizer Himmel ein unrealistisches Szenario. Die Flotte der Schweizer Luftwaffe muss genug gross sein, um luftpolizeiliche Einsätze zu gewährleisten. Dazu sind die 30 F/A-18, die heute zur Verfügung stehen, mindestens bis 2035 längstens ausreichend.

Obschon die bürgerlichen Bundesratsvertreter in letzter Zeit nicht gerade brilliert haben, wäre es zu begrüssen, wenn sie über die Bücher gingen und endlich Transparenz schaffen würden!

KORREKTUR-INITIATIVE

Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer bricht Rekorde

Am 26. September entschied der Nationalrat, dem Bundesrat das Waffenexport-Dossier zu entziehen. Bis auf weiteres ist damit die geplante Lockerung der Kriegsmaterialverordnung sistiert. Dieser Entscheid kam nur aufgrund des immensen Drucks aus der Bevölkerung zustande. *Von Lewin Lempert*

Das Ziel war ambitioniert: 25'000 Menschen sollten sich innerhalb von zwei Wochen bereit erklären, je vier Unterschriften für eine allfällige Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative) zu sammeln. Diesen Plan stellte eine breite Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer am 10. September der Öffentlichkeit vor. Nach 24 Stunden war das Ziel bereits erreicht. Zwei Wochen später hatten sich bereits 47'000 Menschen eingetragen, die alle bereit sind, je vier Unterschriften für die geplante Initiative zu sammeln – total knapp 200'000 Unterschriften. Auch wenn es sich noch nicht um definitive Unterschriften handelt, erinnert der Erfolg an ein polithistorisches Ereignis aus den 90er-Jahren. Damals wurden innerhalb eines Monats eine halbe Million Unterschriften gegen den Kauf der F/A-18 Kampfjets gesammelt. Auch war die Online-Kampagne für die Korrektur-Initiative eines der erfolgreichsten Online-Politik-Projekte der neueren Zeit. Vergleichbar mit dem sehr erfolgreichen Referendum gegen die Überwachung von Versicherten, bei dem sich in drei Tagen 10'000 Personen gemeldet hatten, um Unterschriften zu sammeln. Dies lässt hoffen, dass eine allfällige Korrektur-Initiative bei 47'000 UnterstützerInnen schnell zusammenkommen würde.

Massiver Druck auf den Nationalrat

Dieser Erfolg erhöhte den Druck auf das Parlament, dem Bundesrat bei seinem Vorhaben Einhalt zu gebieten. Am 26. September fand eine ausserordentliche Debatte zu Waffenexporten im Nationalrat statt, bei welcher unter anderem über eine Motion der BDP beraten wurde. Mit 97 zu 82 Stimmen wurde die Motion mit dem Titel «Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten» angenommen. Die rechtsliberale Neue Zürcher Zeitung kommentierte dieses Ergebnis mit der Schlagzeile «Schallende Ohrfeige für den Bundesrat», der Tages-Anzeiger titelte auf der Frontseite «Nationalrat bremst Regierung bei Waffenexporten». Die Motion der BDP-Fraktion fordert unter anderem, dass die Bewilligungskriterien für Auslandgeschäfte mit Kriegsmaterial aus der Verordnung gestrichen werden und neu ins Gesetz überführt werden. Dies würde ermöglichen, dass bei einer Gesetzesänderung in Zukunft die Bevölkerung das Referendum ergreifen könnte. Heutzutage kann der Bundesrat in Eigenkompetenz die Kriegsmaterialverordnung ändern, wie er es bei den Exporten von Waffen in Bürgerkriegsländer versucht hatte. Die geplante Änderung der Kriegsmaterialverordnung, welche erst zu diesem Aufstand der Bevölkerung geführt hatte, ist gemäss Bundesrat «aus institutionellem Respekt» vorerst sistiert – bis die Institutionen, sprich National- und Ständerat, über die Motion beraten haben.

Ungewisser Ausgang

Die Motion der BDP kommt in der Wintersession des Parlaments in den Ständerat. Wenn dieser der Motion zustimmen würde, wäre der Bundesrat damit beauftragt, das Gesetz über Kriegsmaterialexporte neu anzupassen. So müsste er wohl auf die geplante Änderung verzichten, mit welcher neu auch Waffenexporte in Bürgerkriegsländer möglich wären. Lehnt der Ständerat die Motion jedoch ab, wird die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer die Korrektur-Initiative lancieren. Noch immer erreichen uns unzählige Briefe und Nachrichten über unsere Online-Kanäle von empörten BürgerInnen, welche sich gegen den Entscheid des Bundesrates engagieren wollen. Es ist für viele Menschen unverständlich, dass der Bundesrat für einen Wirtschaftszweig, welcher gerade mal für 0,15 Prozent des Exportvolumens der Schweiz verantwortlich ist, die humanitäre Tradition über Bord wirft. So bestätigte auch eine repräsentative Umfrage von Tamedia, dass die Mehrheit der SchweizerInnen die Korrektur-Initiative unterstützen würde. Die Unterstützung geht dabei durch alle Parteien – mit Ausnahme der SVP, bei welcher sich Pro und Contra die Waage halten. Oftmals werfen die rechten Parteien den Linken vor, «am Volk vorbei zu politisieren», doch bei diesem Thema ist klar: Der Bundesrat und insbesondere die FDP- und SVP-Bundesräte politisieren an der Bevölkerung vorbei. Sollte sich der Ständerat nicht der Ohrfeige des Nationalrates anschliessen, dann muss wohl oder übel die Bevölkerung zum Schlag ausholen.

Die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zeigt dem Bundesrat die rote Karte.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Aufrüttelnder Bericht

Die eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat Bewilligungsverfahren und Exportkontrollen für Kriegsmaterial untersucht. Ihr Bericht dazu ist erschütternd.
Von Adi Feller

Anfang September wurde der Bericht der EFK in einer massiv geschwärzten Version veröffentlicht, die deshalb nur wenig neue Informationen enthielt. Die SRF-Rundschau zitierte in der Sendung vom 5. September jedoch aus einer unzensierten Version. Zentrale Feststellungen der Kontrolle waren: Beinahe jedes Gesuch wird durchgewinkt und die Nachkontrollen sind lückenhaft. Im Jahr 2016 bewilligte das Staatssekretariat für Wirtschaft 2395 Exportanträge, 29 lehnte es ab. 2017 bewilligt es 2378, nur 16 lehnte es ab. Auch die erst vor wenigen Jahren eingeführten Nachkontrollen in den Empfängerländern (Post-Shipment-Verifications) wurden massiv kritisiert. So wurde bei allen Nachkontrollen nur ein Bruchteil der Waffen vor Ort vorgefunden: in Mexiko zum Beispiel von 500 Gewehren nur 113 Exemplare und in der Ukraine nur ein Viertel der gelieferten Waffen. Das krassestes Beispiel aber war Brasilien, wo von 26 Piranha-Panzern nur 11 verifiziert werden konnten. Auch die Kontrollen in der Schweiz selber lassen zu wünschen übrig.

Licht ins Dunkel

Eines der spannendsten Beispiele ist dasjenige der neuen Cobra-Mörser der Ruag. Diese wollte die bundeseigene Rüstungsschmiede mit einem Umgehungsgeschäft nach Katar exportieren, weil sie für einen direkten Export wegen der Beteiligung Katars am Bürgerkrieg in Jemen keine Chance sah. Dafür plante die Ruag die Mörser an die Firma Patria in Finnland zu liefern, die sie dann in einem Schützenpanzer montiert hätte, um das Gesamtwaffensystem nach Katar zu exportieren. Ein trauriges aber exemplarisches Anschauungsbeispiel für die Lücke in Artikel 18 Absatz 2 der Kriegsmaterialgesetzgebung. Wenn dieses Umgehungs-Geschäft nicht durch den EFK-Bericht publik gemacht worden wäre, hätte es wohl geklappt. Am Tag des Rundschauberichts vermeldete die Ruag, dass sie auf das Geschäft verzichten würde.

BDP-MOTION

Für eine demokratische Kontrolle der Waffenexporte

Der Nationalrat hat diesen Herbst eine Motion der BDP angenommen, die zum Ziel hat, die Ausschlusskriterien für Waffenexporte auf Gesetzesstufe festzuhalten. Im Dezember ist der Ständerat an der Reihe.
Von Julien Repond

50'000 Menschen folgten dem Aufruf der «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer». Nun zeigt der Druck seine Wirkung. Der Nationalrat hat im September eine Motion der BDP mit dem Namen «Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten» gutgeheissen. Der Nationalrat will damit den Bundesrat entmachten, der mit der Lockerung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) eine rote Linie überschritten hat.
Die Exportgesuche sind heute in einer Verordnung und in teilweise geheimen Bundesratsbeschlüssen geregelt. Die Motion, wie auch die Korrektur-Initiative, haben jedoch zum Ziel, die Exportregeln ins Gesetz zu schreiben. Im Gegensatz zur KMV wäre die Änderung dieser Bestimmungen einer Abstimmung im Parlament unterworfen. Zudem könnte gegen eine solche Veränderung das Referendum ergriffen werden.
Ein «Ja» des Ständerates könnte den Entscheid des Bundesrates rückgängig machen, ohne dass eine Initiative in die Wege geleitet werden müsste. Somit könnte sich die Bevölkerung ebenfalls gegen weitere Lockerungsversuche aussprechen. Da dieses «Ja» noch nicht sicher ist, bleibt das Initiativprojekt der Allianz bestehen. Schauen wir, wie's im Dezember aussieht!

INTERVIEW

«Die Schweiz soll Frieden exportieren, nicht Krieg»

Die grüne Nationalrätin Lisa Mazzone ist bei der GSoA eigentlich allen bekannt. Sie ist Co-Präsidentin von Civiva sowie Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates und hat uns als Co-Präsidentin der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer einige Fragen beantwortet. *Von Muriel Waeger*

Wie steht es um Waffenexporte in der Schweiz?
Die Schweiz ist ein neutrales Land mit einer starken humanitären Tradition. Waffenexporte sind somit grundsätzlich problematisch. Im Moment sind sie durch Vorschriften geregelt, die nur dank dem Druck, der durch die GSoA-Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» im Jahr 2009 entstanden ist, zustande gekommen sind. Entgegen der Versprechen, die der Bundesrat im damaligen Abstimmungskampf gemacht hatte, lockert er ständig das Regelwerk gemäss den Wünschen der Rüstungsindustrie. Noch schlimmer ist, dass diese Regeln ständig umgangen werden. Schweizer Handgranaten in den Händen des IS sind nur ein Beispiel dafür. Ein Bericht hat ans Licht gebracht, wie nahe sich die Rüstungsindustrie und die Behörde, welche eigentlich die Kriegsmaterialausfuhr kontrollieren sollte, stehen.

Was beinhaltet die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung (KMV), die der Bundesrat anstrebt? Warum kommt diese Entscheidung jetzt?
Die Lockerung sieht vor, dass die Rüstungsindustrie in Zukunft Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer exportieren könnte. Die notwendige Mehrheit für diese endgültige Lockerung kam erst durch die Wahl von Ignazio Cassis in den Bundesrat zustande. Gleichzeitig beklagt sich die Rüstungslobby ständig über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sie begegnet. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus: Die Exporte sind im Jahr 2017 um acht Prozent gestiegen und die Schweiz gehört zu den Top Ten der Waffenexporteure weltweit. Entgegen jeglichem gesunden Menschenverstand hat sich der Bundesrat erneut aus die Seite der Rüstungsindustrie gestellt.

Was sind die Auswirkungen der Lockerung der KMV für die Schweizer Aussenpolitik?
Die Waffen könnten in Länder geschickt werden, in denen ZivilistInnen internen Konflikten zum Opfer fallen. Beispielsweise bedeutet dies, dass Kriegsmaterial wieder in die Türkei gesendet werden könnte, wo Angst und Willkür regieren. Wir verlieren ebenfalls jegliche Glaubwürdigkeit in unserer Rolle als Friedensstifterin. Wie kann man ein neutraler Vermittler sein, wenn man Waffen an eine der Konfliktparteien verkauft?

Warum muss man sich dieser Änderung widersetzen?
Als Land, in dem die Genfer Konventionen hinterlegt sind und als Heimat des Roten Kreuzes, soll die Schweiz Frieden exportieren, nicht Krieg. Sie darf weder den mit Blut befleckten Geldscheinen hinterherrennen, noch Kriege unterstützen. Sie muss im Gegenteil ihr Engagement bei der Konfliktlösung fortsetzen.

Haben Waffenexporte auch innenpolitische Auswirkungen?
Die Ausgaben für das Militär haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges weltweit verdoppelt. Bewaffnete Konflikte bringen menschliches Leid mit sich, beispielsweise Hungersnöte. Diese Instabilität zwingt Tausende von Menschen dazu, aufzubrechen und Schutz an einem anderen Ort zu suchen. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit hilft zwar den Ländern im Kampf gegen Korruption und für Nachhaltigkeit, doch die Waffenexporte machen diese Bemühungen wieder zunichte. Das ist absolut kontraproduktiv. Die Schweiz muss sich dafür entscheiden, für den Frieden einzustehen.

Zu guter Letzt: Warum sollte man nicht direkt alle Waffenexporte verbieten?
Das wäre mein Traum! Dann könnten wir endlich mit unserer humanitären Tradition im Reinen sein. Leider hatte das Stimmvolk nicht den Mut dazu, als es 2009 um die Initiative der GSoA ging. Das mehrheitlich rechte Parlament war damals ebenfalls klar dagegen. Wir versuchen nun den Schaden in Grenzen zu halten, indem wir darauf achten, dass die Regeln eingehalten werden.

Co-Präsidentin Allianz und Grüne Nationalrätin Lisa Mazzone *(Foto: zvg)*

Update

(js) Ende Oktober, kurz nach Redaktionsschluss, verkündete der Bundesrat, dass er auf die Änderung der Kriegsmaterialverordnung verzichten wird. Ein Insistieren auf der Reform hätte «kontraproduktive Auswirkungen für die bestehende Bewilligungspraxis im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr haben können», so die kurz angebundene Medienmitteilung der Regierung. Immerhin ein erster erfreulicher Schritt. In den Medien äusserte sich Schneider-Ammann aber nicht so deutlich: «Wir haben viel diskutiert und die Vor- und Nachteile abgewogen und sind selbst zum Schluss gekommen, dass es weder sehr realistisch noch sehr intelligent ist, den Liberalisierungsprozess zu einem solchen Zeitpunkt fortzusetzen.» Für die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ist deshalb nach wie vor relevant, dass die Motion der BDP auch im Ständerat angenommen wird. Wird dies nicht der Fall sein, lanciert die Allianz die Korrektur-Initiative.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Änderung mit katastrophaler Wirkung

Eine Lockerung der Kriegsmaterialverordnung, wie der Bundesrat sie durchstieren wollte, hätte grössere Auswirkungen gehabt, als er zugeben wollte.
Von Magdalena Küng

Es handle sich eigentlich nur um eine Retusche, meint die Rüstungslobby. Gleichzeitig schreit es aus der Industrie, dass ohne diese Änderung zahlreiche Arbeitsplätze verloren gingen. Und der Bundesrat sieht sogar die gesamte Rüstungsindustrie der Schweiz in Gefahr, wird die Revision der Kriegsmaterialverordnung (KMV) nicht vorgenommen. Die Auswirkungen der geplanten Änderungen scheinen stark zu variieren, je nachdem, welche Zielgruppe gerade von der Notwendigkeit der Lockerung der Exportbestimmungen überzeugt werden muss. Höchste Zeit, genau hinzuschauen.

Waffen in Bürgerkriegsländer

Die erneute Lockerung sieht vor, dass auch für Länder, die in interne Konflikte verwickelt sind, Ausfuhrbewilligungen geprüft werden können. Diese könnten dann zwar immer noch verwehrt werden. Hier genau aber liegt die Crux der Sache, denn die Bewilligungspraxis des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) steht in einem äusserst schrägen Licht zu dem, was in Gesetz und Verordnung festgehalten ist. Da ist auf der einen Seite der Bewilligungsablauf. Das Seco entscheidet praktisch im Alleingang über das Erteilen von Bewilligungen. Je nach finanzieller Bedeutung und Destination des Geschäfts wird auch das Eidgenössische Departement für äussere Angelegenheiten (EDA) befragt. Wenn Seco und EDA sich nicht einigen können, entscheidet der Bundesrat. Dass dieses System nicht funktioniert zeigen die vielen Skandale der letzten Jahre. Dabei tauchte ausgeführtes Kriegsmaterial plötzlich in ganz anderen Ländern auf, als es hin geliefert wurde. Oder die Waffen wurden an Gebiete geliefert, in denen mit einem direkten Einsatz der Waffen gerechnet werden muss. Der neuste Fall: Scharfschützengewehre in den indischen Bundesstaat Mizoram – eine Region, in der diverse Gruppierungen gegeneinander kämpfen.

Wie genau diese Bewilligung mit dem Wortlaut der KMV zu vereinbaren ist, der Geschäfte verbietet, wenn «das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist» ist nicht nachvollziehbar. Auf der anderen Seite stehen zwei bewusste Falschinterpretationen, die als Entscheidungsgrundlage für die Ausfuhr verwendet werden. Der Bundesrat hat 2016 entschieden, dass das Ausschlusskriterium des Bürgerkrieges nur dann angewandt werden muss, wenn der Konflikt auf dem Territorium des Empfängerstaates stattfindet. Das heisst konkret, dass Waffen beispielsweise nach Saudi Arabien geliefert werden dürfen, auch wenn das Land im Jemenkrieg involviert ist.
Das wiederum hat der Bundesrat gerechtfertigt mit einer weiteren Fehlannahme, nämlich dass es Waffen gäbe, die nicht in einem internen Konflikt eingesetzt werden könnten. Dass Waffen wie Fliegerabwehrkanonen Teil einer militärischen Strategie sein können, die das aktive Eingreifen in einen Bürgerkrieg erst ermöglicht, wird dabei ignoriert.

Legitimieren und erweitern

Die geplante Revision will nun dieses Vorgehen legitimieren. Was genau ändert sich also, wenn Exporte in Bürgerkriegsländer neu per Gesetz – und nicht mehr länger nur per Interpretation – erlaubt sind? Leider eine ganze Menge. Denn wenn schon jetzt kaum etwas davon eingehalten wird, was in der Verordnung steht, so wird diese erneute Lockerung nicht zu einer Besserung führen. Dass der Bundesrat vorbringt, es kämen etwa Länder wie Pakistan oder Thailand in Frage, ist heuchlerisch, da in beide Länder bereits mit der heutigen Regelung Ausfuhren in Millionenhöhe bewilligt werden. Es wäre naiv zu glauben, dass die Revision der KMV vorgenommen würde, nur um den Status Quo der Praxis auf Papier zu haben. Viel eher muss davon ausgegangen werden, dass in Zukunft Schweizer Kriegsmaterial direkt in Krisenherde wie die Türkei, die Philippinen oder die Ukraine verkauft wird.

RUAG

Brasilienpläne gestrichen

Skandalös waren die Pläne der bundeseigen Ruag: Kurz vor Weihnachten 2017 wurde bekannt, dass die Rüstungsschmiede in Brasilien eine Munitionsfabrik bauen will. Jetzt krebst sie zurück. *Von Judith Schmid*

190 Menschen werden in Brasilien laut der NGO «Small Arms Survey» täglich ermordet. Das organisierte Verbrechen ist bis in die höchsten Ränge mit dem staatlichen Sicherheitsapparat verfilzt. Nicht selten werden bei Tötungsdelikten Kugeln aus Polizeibeständen gefunden. Und genau diese Sicherheitskräfte hätten in Zukunft mit Munition «Made in Brasil» von der Ruag-Division Ammotec beliefert werden sollen. Marielle Franco, die linke Stadträtin aus Rio de Janeiro, wurde mit vier Kugeln aus den Beständen dieser Behörden erschossen – abgefeuert mit einer deutschen Maschinenpistole von Heckler & Koch. Dass die Ruag auch im Fall Brasilien ihre konzernweite Null-Toleranz-Policy gegenüber Korruption unterstreicht, ist schlicht und einfach absurd.

Zivilgesellschaft appelliert an Bundesrat

Im April forderten die GSoA und 15 weitere Organisationen unter der Federführung des Solifonds den Bundesrat dazu auf, die Ruag-Brasilienpläne ad acta zu legen. Schliesslich reichten in der Sommersession des Nationalrates Priska Seiler-Graf und Angelo Barrile Vorstösse gegen den Bau der Munitionsfabrik ein. Und die Antwort des Bundesrats fällt für einmal nicht so skrupellos wirtschaftsfreundlich aus. Er befürchtet, dass «der Bau einer Anlage für Munitionsfertigung in Brasilien mit Reputationsrisiken für die Ruag und die Schweiz verbunden wäre, weshalb darauf verzichtet werden sollte.» Diese Haltung habe er dem Ruag-Verwaltungsrat bereits mitgeteilt. Die Ruag lässt darauf verlauten, dass sie die Antwort zur Kenntnis genommen habe und Empfehlungen des Bundesrates selbstverständlich akzeptiert würden.

Massenmord an unschuldigen schwarzen Jugendlichen

Vilas Verde Cunha begrüsst diesen Entscheid. Er ist Leiter eines Projekts zur Gewaltprävention im brasilianischen Bundesstaat Bahia, das durch terre des hommes Schweiz finanziert wird. «Es gibt zwar eine Gesetzgebung zur Regulierung des Waffengebrauchs, doch die Zahlen zeigen eine alarmierende Rate an Morden durch Schusswaffen.» Es sei üblich, dass Waffen von der Polizei und dem Militär in den Drogenkartellen landeten und auch, «dass Gruppen von Polizisten und Ex-Polizisten ganze Territorien der grossen Städte in ihrer Gewalt halten.» Besonders betroffen von der eskalierenden Gewalt sind junge, schwarze Männer. «Um den Massenmorden an schwarzen Jugendlichen Einhalt zu gebieten, fordern wir die Entmilitarisierung der Polizei, denn sie ist mit ihren militärischen Methoden hauptverantwortlich an diesem Massaker», so Cunha. Er appelliert auch an die internationale Gemeinschaft: «Es ist sehr wichtig, dass Druck auf Brasilien ausgeübt wird, damit für die öffentliche Sicherheit national neue Leitlinien ausgearbeitet werden – gerade in Bezug auf Schusswaffen.» Cunha fordert zudem, dass der Verbleib und Gebrauch von Waffen der staatlichen Sicherheitsorgane untersucht und besser kontrolliert wird.

WAFFENGEWALT

Ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung

Vor dem Hintergrund der Pariser Terroranschläge 2015 hat die Europäische Kommission beschlossen, die EU-Waffenrichtlinien zu verschärfen. Mit ihren Referendumsdrohungen gegen die moderaten Änderungen beweisen Schweizer Waffennarren einmal mehr, dass Sie in dieser Frage lieber auf ihr Traditionsgefühl hören, als auf wirkliche Argumente. *Von Ronja Jansen*

Mit den Anpassungen der EU-Waffenrichtlinien hat die Europäische Staatengemeinschaft erkannt, was die Waffennarren im Schweizer Parlament auch nach unzähligen Schusswaffen-Toten in Schweizer Stuben nicht wahrhaben wollen: Der einfache Zugang zu Waffen führt zu einer massiven Erhöhung der Zahl von Gewaltdelikten in Schweizer Privathaushalten.
Vom löblichen Ziel der EU, diesen Missstand endlich zu beseitigen, ist heute leider wenig übriggeblieben. Nach vielen Verwässerungsversuchen im Rahmen der Übernahme der neuen Richtlinien hat die Bundesversammlung inzwischen ein Gesetz verabschiedet, das sich an der äussersten Grenze für eine Schengen-konforme Umsetzung befindet. Obwohl das Parlament mit der laschen Umsetzung eine grosse Chance für mehr Sicherheit in Schweizer Privathaushalten verpasst hat, bringt die Vorlage einige moderate Verbesserungen: Die Bedingungen für den Kauf von halbautomatischen Gewehren und Pistolen wurden verschärft und grosse Magazine sollen nur noch an Menschen verkauft werden, die rechtmässig eine entsprechende Waffe besitzen.

Waffennarren lancieren Referendum

Sportschützen und Armeeangehörige sind von diesen Neuerungen kaum betroffen. Umso unverständlicher scheint es, dass die «Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz» (bestehend unter andrem aus AUNS, Pro Tell und der SVP) beschlossen hat, das Referendum gegen die moderate Gesetzesänderung zu ergreifen. Für die GSoA ist klar: Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sind überzeugt, dass auch die Mehrheit der Stimmbevölkerung das so sehen wird.

NUKLEARE ABRÜSTUNG

Wird die Schweiz unterzeichnen?

2017 hatten 122 Staaten, darunter die Schweiz, den Atomwaffenverbotsvertrag genehmigt. Bis heute haben ihn jedoch nur 69 Staaten unterzeichnet. Der Bundesrat liess letzten August verlauten, er würde ihn nicht unterzeichnen. Annette Willi von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen Switzerland (ICAN Switzerland) hat uns dazu ein paar Fragen beantwortet. *Von Julien Repond*

Der Bundesrat hat die Seite gewechselt. Was ist Ihre Reaktion dazu?
Ich muss zugeben, dass ich diesen Meinungsumschwung nicht verstehe. Der Bundesrat teilte mit, er wolle den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnen, obschon die Schweiz eine zentrale Rolle bei der Lancierung dieser Idee gespielt hat! Kurz gesagt: Der Bundesrat kehrt somit der humanitären Tradition der Schweiz den Rücken und wendet sich lieber der NATO zu.

Welche Gründe gab der Bundesrat für diesen Entscheid?
Er gründet seinen Entscheid auf den Bericht einer interdepartementalen Arbeitsgruppe, der letzten Juni veröffentlicht wurde. Dort werden vier Argumente für und fünf Argumente gegen die Unterzeichnung dieses Vertrags aufgelistet. Das Argumentarium ist teilweise nicht nachvollziehbar und läuft der humanitären Tradition der Schweiz entgegen. Aus diesem Bericht geht hervor, dass es besser wäre, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, um auch noch weiterhin vom nuklearen Schutzschild unserer Nachbarländer profitieren zu können. Das kommt der Aussage, man sei bereit, die Benützung, und die Auswirkungen, der Bombe durch einen anderen Staat gutzuheissen, erschreckend nahe. Schlussendlich hat der Bundesrat das Spiel abgepfiffen, ohne die verschiedenen Argumente abzuwägen. 4:5 ist das Schlussresultat und die Schweiz muss zurück in die Umkleide. Doch hier geht es um mehr als in einem Fussballspiel.

Haben Sie Beispiele?
Die Konsequenzen eines sogenannt «beschränkten» nuklearen Konflikts werden komplett unterschätzt. Wie ein mit Hilfe des EDA zustande gekommener Bericht zeigt, hätte ein Krieg zwischen Indien und Pakistan globale Auswirkungen. Abgesehen von den desaströsen Folgen, die er auf die Umwelt hätte, würden bis zu zwei Milliarden Menschen von Hungersnot bedroht!

Können wir somit die Hoffnung, dass die Schweiz diesen Vertrag doch unterzeichnet, begraben?
Zum Glück nicht. Eine Motion, die der Nationalrat im Juni 2018 (und somit vor Bekanntgabe der Position des Bundesrates) mit einer grossen Mehrheit angenommen hat, fordert diesen auf, den Vertrag so rasch wie möglich zu unterzeichnen. Im Dezember wird sich der Ständerat zu diesem Thema äussern. Wenn dieser den Vorschlag annimmt, wird es für den Bundesrat sehr schwierig, auf seinem Standpunkt zu beharren und die Meinung des Parlaments zu ignorieren. Zudem verlangte die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates, die zu diesem Thema befragt wurde, eine «unverzügliche Unterzeichnung und Ratifikation des Vertrags».

Hat die Motion Chancen im Ständerat?
Wir tun unser Möglichstes, dass dem so ist. Viele andere Organisationen, unter anderem das Rote Kreuz, machen ebenfalls Druck. Auf der anderen Seite wird der Druck aber ebenfalls stärker, nämlich vom EDA und von den Gegnern des Atomwaffenverbotsvertrages, doch ich bleibe zuversichtlich. Um unsere Chancen auf eine baldige Unterzeichnung des Vertrags durch den Bundesrat zu verbessern, hat ICAN Switzerland eine Petition lanciert, die es allen ermöglicht, dem Bundesrat ein klares Zeichen zu senden: Helvetia braucht keinen Nuklearschirm – die Schweiz muss den Atomwaffenverbotsvertrag jetzt unterzeichnen!

Hier könnt ihr die Petition von ICAN Switzerland unterzeichnen: https://act.campax.org/petitions/atomwaffen-verbieten-humanitare-tradition-retten

BÜRGERKRIEG

Die syrische Tragödie

Zuerst gab es einen friedlichen Aufstand. Dann militarisierte und konfessionalisierte Assad diesen. *Von Josef Lang*

Das syrische Regime gehört seit Jahrzehnten zu den repressivsten Polizeistaaten auf dieser Welt. So hat der Vater des heutigen Diktators 1982 bei der Niederschlagung des Aufstandes in Hama 30'000 Menschen umbringen lassen. Darum war es keine Überraschung, dass die Arabische Revolution, die im Dezember 2010 in Tunesien begonnen und sich schnell auf die Nachbarländer ausgebreitet hatte, im Frühling 2011 auch Syrien erfasste. Es begann mit einer regimekritischen Sprayerei von 15 Jugendlichen in der Stadt Dara. Die Schüler wurden verhaftet und von Assads Schergen bestialisch gefoltert. Am 18. März wurde eine Demonstration für deren Freilassung unter Beschuss genommen. Das war das Fanal für einen friedlichen Aufstand im ganzen Lande. Hunderttausende junger Syrerinnen und Syrer aller Konfessionen und Ethnien gingen ab diesem Zeitpunkt regelmässig auf die Strassen. Ihre Forderungen waren: Demokratie, Freiheits- und Menschenrechte. Assad nannte sie ab dem ersten Tag «Terroristen» und entfaltete gleichzeitig sein staatsterroristisches Arsenal.

Chemie, Folter, Hinrichtungen

Von den Kriegsparteien war das Assad-Regime die mörderischste. Da sind einmal die Giftgaseinsätze gegen die Zivilbevölkerung, die nicht ausschliesslich, aber mehrheitlich von ihm durchgeführt wurden. Ein Beispiel ist Khan Shaykun in der Provinz Idlib, das unter Schweizer Beteiligung untersucht wurde. Am 4. April 2017 hat die syrische Luftwaffe das Nervengas Sarin freigesetzt. Danach haben russische Kampfflugzeuge das örtliche Spital bombardiert, wahrscheinlich um Beweise zu zerstören. In Assads Gefängnissen wird massenhaft gefoltert und gemordet. Ein Bericht von Amnesty International vom Frühjahr 2017 zeigte auf, dass im Zeitraum zwischen September 2011 und Dezember 2012 gegen 13'000 Menschen, grossmehrheitlich zivile AktivistInnen der Syrischen Revolution, erhängt wurden.

Militarisierung und Konfessionalisierung schwächen Aufstand

Mit der massiven Repression verfolgte Assad das Ziel einer Militarisierung der Aufstandsbewegung. Die in den «Lokalen Koordinationskomitees» organisierte Aufstands-Führung wandte sich gegen diese Gefahr: «Eine Militarisierung der Revolution würde die Unterstützung und Beteiligung durch das Volk verkleinern. Militarisierung würde die Revolution in eine Arena tragen, wo das Regime einen deutlichen Vorteil hat, und die moralische Überlegenheit erodieren, die die Revolution seit ihren Anfängen charakterisiert hat.» Vor allem die Repression in der Armee gegen regimekritische Soldaten und Offiziere führte zur Gründung der Freien Syrischen Armee. Diese setzte sich zum Ziel, den Aufstand militärisch zu schützen.

Das zweite Ziel, das Assad von Anfang an verfolgte, war die Konfessionalisierung des Konflikts. Die Mehrheit der Bevölkerung und des Aufstandes war sunnitisch. Um diesen konfessionell zu radikalisieren, liess er Hunderte von Gefangenen des Daesh frei. Die Daesh-Milizen eroberten schnell gewisse Gebiete – im Kampf gegen gemässigtere Oppositionsgruppen. Das Regime liessen sie in Ruhe. Und dieses setzte bis 2015 weder Bodentruppen noch Luftwaffe gegen Daesh ein. Die wichtigste Folge der von Assad gewollten Stärkung von Daesh war aber die Angst, die sie unter den religiösen Minderheiten, den Alewiten, denen Assad selber angehört, den Christen, Schiiten und Jesiden schuf. Je mehr sich die Minderheiten vom Widerstand zurückzogen, desto einseitiger sunnitisch wurde dieser.

Militär-Interventionen stärken Assad und Daesh

Dann folgte nach der Militarisierung und Konfessionalisierung die dritte Katastrophe für die Syrische Revolution. Die ausländischen Mächte begannen militärisch zu intervenieren, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Zuerst der Iran und die Hisbollah, später Russland auf der Seite des Regimes sowie von Anfang an Saudi-Arabien und die Türkei aufseiten der Assad-Gegner. Zuletzt formierte sich eine internationale Allianz unter Führung der USA gegen Daesh.

Der Hauptprofiteur dieser Eskalation war Assad. Die einen stärkten ihn militärisch, die anderen politisch. Die westliche Intervention bestätigte Assads Propaganda, dass nicht er, sondern Daesh das Grundproblem war und er deshalb Unterstützung verdiente. Gleichzeitig konnte er sich je nach Bedarf als Landesverteidiger gegen die USA profilieren. Daesh wiederum konnte sich als einzige Kraft gegen die «Ungläubigen» darstellen. Bald entwickelte sich ein völliges Durcheinander, das es sehr schwer machte, eine Solidaritätsbewegung gegen die Assad-Diktatur und gegen den Militär-Interventionismus aufzubauen. Heute ist Assad wieder ziemlich fest im Sattel. Allerdings ist es weder ihm noch Daesh gelungen, die ursprüngliche Bewegung völlig zu zerstören. Es gibt immer noch AktivistInnen und Gruppen, die untereinander vernetzt sind und unter grösstem Risiko politische Arbeit leisten.

Mahnwache der GSoA in Gedenken an die Opfer im syrischen Bürgerkrieg. *(Foto: GSoA)*

ZEITUNGSUMFRAGE

Konstruktive Kritik

In der letzten Zeitung haben wir euch um eure Meinung gefragt und wir haben viele Antworten erhalten. Herzlichen Dank für die konstruktive Kritik! Hier eine Übersicht. *Von Judith Schmid*

Vier Mal im Jahr treffen wir uns zur Redaktionssitzung, schreiben und redigieren die Artikel, lassen Sie übersetzen und gestalten, dann drucken und verschicken. Schliesslich landen die fertigen Zeitungen in euren Briefkästen. Wir erhalten zwar fast bei jeder Ausgabe per Mail Rückmeldungen zu einzelnen Artikel, was uns immer sehr freut. Bei dieser Umfrage ging es uns aber um die Beurteilung des Gesamtpakets und was ihr darüber denkt. Wir haben zahlreiche Antworten erhalten, die Mehrheit aus der Feder von Frauen (55%) und von GSoA-Mitgliedern und ZeitungsabonnentInnen (84%). Die Personen, die geantwortet haben sind von 20 bis über 90 Jahre alt.

Inhalt und Umfang kommt gut an

Doch gehen wir ans Eingemachte: Hier können wir sagen, dass eine Mehrheit der Personen, die sich Zeit genommen haben, den Fragebogen auszufüllen, zufrieden sind mit der GSoA-Zeitung. Sie lesen die Zeitung immer oder zumindest fast immer. Vier Mal pro Jahr acht Seiten Antimilitarismus ist für die allermeisten genau die richtige Portion an Information. Der Inhalt und auch die Schwarzweiss-Bilder kommen bei einem Grossteil gut an. Das freut uns natürlich alle sehr.

Doch wie sieht es aus mit dem Layout und dem Format? Die GSoA-Zeitung sei nicht so handlich, wurde vermehrt angemerkt. Und ein Blick auf die Zahlen zeigt: Mehr als die Hälfte (54%) würde eine kleinere Zeitung der jetzigen vorziehen – Tabloid oder A4. Nur 39% haben angegeben, dass sie das aktuelle Format gut finden.

Die Umfrage zeigt auch, dass das Layout wohl eine Auffrischung nötig hat. Und in der Tat: Sie sieht seit über zehn Jahren gleich aus – für ein grafisches Alter ist dies schon ziemlich in die Jahre gekommen.

Wie geht es weiter

Die Umfrage bestätigt uns, dass unsere Überlegungen zu einer neuen Gestaltung und eventuell auch zu einem neuen Format nicht von ungefähr kommen. Wir werden uns also in den nächsten Monaten Gedanken machen, welche Auffrischung die Zeitung erhalten soll. Bis dahin verbleiben wir beim altbewährten Format und wünschen euch gute Lektüre! Die inhaltlichen Anmerkungen haben wir natürlich zur Kenntnis genommen.

Habt ihr verpasst, die Umfrage auszufüllen und möchtet das noch nachholen? Wir freuen uns über jeden Kommentar: https://bit.ly/2KQhGtx

NEUANSTELLUNGEN

Sekretariat ist wieder vollständig

Nach den Abgängen im Sommer freuen wir uns, in den Sekretariaten Zürich und Genf je ein neues Gesicht begrüssen zu dürfen. Mit Ronja Jansen und Jean Burgermeister haben wir zwei wertvolle Mitarbeitende gefunden.
Von Anna Naeff

Im Zürich begrüssen wir herzlich **Ronja Jansen** als Verstärkung. Sie ersetzt Magdalena Küng, die Ende September leider als politische Sekretärin zu arbeiten aufgehört hat. Ronja lebt im Kanton Baselland, wo sie auch als Co-Präsidentin in der kantonalen Juso-Sektion und im Gemeinde-Vorstand der SP aktiv ist. Ihre Erfahrung in der politischen Arbeit, die sie so sammeln konnte, überzeugte uns restlos. Ihr Können hat sie bereits bewiesen, war ihr Start in den GSoA-Alltag doch keineswegs gemütlich – bei aktuellen Projekten übernimmt sie bereits den Lead und hat sich in kurzer Zeit schon fast vollständig in unsere Themen eingearbeitet.
Wir freuen uns ebenfalls sehr über den Neuzugang von **Jean Burgermeister**. Der Biologe vervollständigt seit Mitte Oktober das Seki-Team in Genf, das nach dem Abgang von Youniss Mussa seit August etwas dezimiert war. Jean ist Mitglied bei solidatitéS und war dort mehrfach als Sekretär angestellt. Er bringt Erfahrung in den verschiedensten Bereichen mit, gerade auch im Schreiben von Artikeln, was bestimmt auch der GSoA-Zitig zugutekommen wird.
Wir sind überzeugt, dass wir mit Ronja und Jean eine super Arbeitskollegin, beziehungsweise einen super Arbeitskollegen gefunden haben. Da die Arbeit in den Sekretariaten nicht weniger wird, sind wir froh um die neue Energie und auch die frischen Ideen, welche die beiden mitbringen. Damit ist das Seki-Team nun wieder vollständig – je drei Leute arbeiten in Bern, Genf und Zürich. Es ist super, dass wir seit einiger Zeit auch in der Romandie eine starke Gruppe haben, die antimilitaristische und pazifistische Positionen verstärkt in der ganzen Schweiz und auch in unseren Arbeitsgruppen zu den Themen Rüstung, Kampfjets und Recht einbringt. In den ReGrus und den AGs sind Interessierte immer herzlich willkommen, mehr dazu findest du auch auf unserer Website.

Ronja Jansen

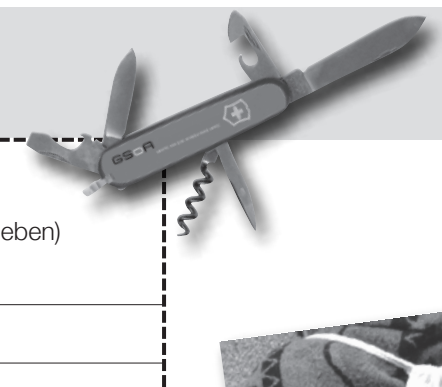
Jean Burgermeister

GREGOR.

das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV

GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Str./Nr. PLZ/Ort

Tel.

E-Mail ☐ E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	❍F ❍M	☐ S ☐ M ☐ L ☐ XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	❍F ❍M	☐ S ☐ M ☐ L ☐ XL	Fr. 28.–	
	Pullover «If war is the answer...»	❍F ❍M	☐ S ☐ M ☐ L ☐ XL	Fr. 35.–	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	❍F ❍M	☐ S ☐ M ☐ L ☐ XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Gregor»	❍F ❍M	☐ S ☐ M ☐ L ☐ XL	Fr. 20.–	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
	Friedensfahne		☐ PACE ☐ PEACE	Fr. 12.–	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten	❍de Set ❍fr Set		Fr. 5.–	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.–	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
Versandkostenanteil					**Fr. 4.80**

Ich werde GSoA-Mitglied ☐ Verdienende Fr. 100.– ☐ Nichtverdienende Fr. 50.–

Spende ☐ Fr. _____ ☐ Fr. 50.– ☐ Fr. 20.– ☐ Fr. 10.–

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich ☐

Rechnungsbetrag

Bestellung: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material**

Impressum

Redaktion: Jean Burgermeister (jb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Nicloas Félix (nf), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df), Mélanie Glayre (mg), Ronja Jansen (rj), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Anna Naeff (an), Oger (og), Martin Parpan (mp), Julien Repond (jr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Muriel Waeger (mw), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 18 800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.